

Nr. 19/713

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Unterbringung, Teilhabe und Integrationschancen für unbegleitete junge Geflüchtete bei Volljährigkeit

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 28. März 2017
(Drucksache [19/995](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 13. Juni 2017
(Drucksache [19/1105](#))

2. Anpassung der Mittelweser nicht aus den Augen verlieren!

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 25. April 2017
(Drucksache [19/1028](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 6. Juni 2017
(Drucksache [19/1093](#))

3. Datenschutz stärken: Informationspflicht für personenbezogene Speicherrungen in Polizeidatenbanken

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 3. Mai 2017
(Drucksache [19/1046](#))

4. Wie geht es bei der Bearbeitung von Asylverfahren in Bremen und Bremerhaven voran?

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 9. Mai 2017
(Drucksache [19/1054](#))

5. Ist eine Bedarfsplanung in der Hospiz- und Palliativversorgung nötig und möglich?

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 9. Mai 2017
(Drucksache [19/1055](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 13. Juni 2017
(Drucksache [19/1106](#))

6. Bildungs- und Beschäftigungsperspektiven von jungen geflüchteten und anderen neu zugewanderten Jugendlichen in Bremen

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 9. Mai 2017
(Drucksache [19/1059](#))

7. Umsetzung des Wohnungsaufsichtsgesetzes in Bremen und Bremerhaven
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 10. Mai 2017
(Drucksache [19/1069](#))
8. Schmerzensgeldansprüche übernehmen - Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes
Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses
vom 6. April 2017
(Drucksache [19/1020](#))
2. Lesung
9. Welche Immobilien mietet die Verwaltung?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 15. Mai 2017
(Drucksache [19/1071](#))
10. Entwicklungsstand der Europäischen Studienreform
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 18. Mai 2017
(Drucksache [19/1073](#))
11. Kita-Qualität aufrechterhalten, pauschale Gruppenvergrößerung stoppen!
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 24. Mai 2017
(Drucksache [19/1079](#))

Nr. 19/714

Offene Jugendarbeit in Gefahr – neuen Paragraphen 48b im Kinder- und Jugendstärkungsgesetz stoppen!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 4. Mai 2017
(Drucksache [19/1047](#))

Der Antrag ist von dem Antragsteller zurückgezogen.

Nr. 19/715

Regierungserklärung des Senats zum Thema „Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen“

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Regierungserklärung des Senats zum Thema „Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen“ Kenntnis.

Nr. 19/716

Bericht der Freien Hansestadt Bremen zur Umsetzung des Sanierungsprogramms 2012/2016

Mitteilung des Senats vom 25. April 2017
(Drucksache [19/1030](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 19/717

Konsolidierungsbericht 2016 der Freien Hansestadt Bremen

Mitteilung des Senats vom 25. April 2017
(Drucksache [19/1031](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 19/718

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Hebammen vor dem Aus? - Wahlfreiheit bei der Geburt für werdende Mütter erhalten.“

Nr. 19/719

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 12. Juni 2017

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Übertragung von Ausschuss- und Deputationssitzungen
Mitteilung des Vorstandes der Bremischen Bürgerschaft
vom 26. April 2017
(Drucksache [19/1036](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt den Bericht und die Stellungnahme des Vorstands zur Kenntnis.
2. Verwaltungsvereinbarung zur Stiftung Anerkennung und Hilfe
Vereinbarung zur Umsetzung der Empfehlungen des Runden Tisches Sexueller Kindesmissbrauch zum Ergänzenden Hilfesystem
Mitteilung des Senats vom 9. Mai 2017
(Drucksache [19/1062](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
3. Beteiligung am Bildungsurlaub erhöhen
Mitteilung des Senats vom 9. Mai 2017
(Drucksache [19/1063](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
4. Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2017
Mitteilung des Senats vom 30. Mai 2017
(Drucksache [19/1082](#))
1. Lesung
2. Lesung
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

5. Bericht über die Annahme und Verwendung von Beträgen aus Sponsoring, Werbung, Spenden und mäzenatische Schenkungen zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben der Freien Hansestadt Bremen (Land und Stadtgemeinde Bremen) 2016

Mitteilung des Senats vom 30. Mai 2017
(Drucksache [19/1083](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

6. Beflaggung des Hauses der Bürgerschaft während der Plenarsitzungen

Mitteilung des Vorstandes der Bremischen Bürgerschaft
vom 31. Mai 2017
(Drucksache [19/1090](#))

Der Vorstand bittet die Bürgerschaft (Landtag), die Beflaggung des Hauses der Bürgerschaft während der Sitzungen der Bürgerschaft (Landtag) anzuordnen.

Im Konfliktfall mit Beflaggungen nach der Beflaggungsordnung des Bundes tritt diese Regelung zurück.

Nr. 19/720

Keine Privatisierung der Meinungsfreiheit - Netzwerkdurchsetzungsgesetz stoppen!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 13. Juni 2017
(Neufassung der Drucksache [19/1095](#) vom 8. Juni 2017)
(Drucksache [19/1104](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/721

Gesetz zu dem Staatsvertrag über die gemeinsame Einrichtung für Hochschulzulassung und zur Änderung hochschulrechtlicher Gesetze

Mitteilung des Senats vom 23. Mai 2017
(Drucksache [19/1074](#))
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 19/722

Erzieherinnen/Erzieher gesucht - Bedarf an pädagogischen Fachkräften

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 8. März 2017
(Drucksache [19/976](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 6. Juni 2017
(Drucksache [19/1091](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 19/723

Personelle Entwicklung bei der Polizei Bremen und Bremerhaven

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 4. April 2017
(Drucksache [19/998](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 9. Mai 2017

(Drucksache [19/1064](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 19/724

Einsetzung eines nichtständigen Ausschusses zur Reform der bremischen Verwaltung

Antrag der Fraktionen der FDP und der CDU
vom 25. April 2017
(Neufassung der Drucksache [19/1021](#) vom 7. April 2017)
(Drucksache [19/1035](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/725

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des nichtständigen Ausschusses „Reform der bremischen Verwaltung“

Diese Wahl entfällt durch die Ablehnung der Drucksache 19/1035.

Nr. 19/726

Den öffentlichen Dienst in Bremen zukunftsfähig, effizient und bürgerfreundlich gestalten

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 9. Mai 2017
(Drucksache [19/1060](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, innerhalb eines halben Jahres nach Beschlussfassung

1. im staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss darzulegen, mit welchen Programmen und in welchen Organisationsstrukturen Verwaltungsreformen in Bremen derzeit gesteuert werden.
2. im staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss darzulegen, welche organisatorischen Projekte und Maßnahmen seit Beginn der Legislaturperiode über die Modernisierungsprogramme umgesetzt wurden und welche für die Jahre 2018/2019 geplant sind.
3. im staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss darzulegen, durch welche Begleitmaßnahmen die fristgerechte Umsetzung der Projekte und Maßnahmen unterstützt wird.
4. im staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss darzulegen, durch welche Projekte und Maßnahmen ressortübergreifende Prozesse optimiert und die ressortübergreifende Zusammenarbeit gestärkt werden.

5. im staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss darzulegen, inwiefern Kooperationen mit anderen Bundesländern oder in Länderverbänden zur Verbesserung bremischer Prozesse genutzt werden.
6. das Fort- und Weiterbildungsangebot für Führungskräfte, das explizit Führungsverhalten verbessern und den Umgang mit der Mitbestimmung einüben soll, im staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss darzulegen und die Teilnahmequote und die Maßnahmen, die der Senat ergreift, um Führungskräfte zur Teilnahme an diesen Angeboten zu motivieren, darzustellen.
7. sicherzustellen, dass insbesondere vor den Sommerferien ein bedarfsgerechtes Terminmanagement zur Verlängerung von ablaufenden Reisepässen erfolgt.
8. einen Umsetzungsplan für die Einführung des Terminmanagements im staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss vorzulegen.
9. Bundesratsinitiativen zu ergreifen, die eine integrierte Bearbeitung von Anträgen der Bürgerinnen und Bürger ermöglichen (Elterngeld, Wohngeld, ...) und im staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss darüber zu berichten.
10. im staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss darzulegen, welche Projekte und Maßnahmen seit Beginn der Legislaturperiode aus dem zentralen IT-Budget finanziert wurden, und wie diese aus heutiger Sicht inhaltlich bewertet werden.
11. gegenüber dem staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss darzulegen, welche Projekte und Maßnahmen nach Auffassung des Senats in den Haushalten 2018/2019 aus dem zentralen IT-Budget finanziert werden sollen.
12. im staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss einen Sachstandsbericht über die Entwicklung des Bürgertelefons vorzulegen.
13. im staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss über Stand und Perspektiven des Gesundheitsmanagements zu berichten.